kannt zu geben.

Die Zahlungspflicht beginnt mit dem Tag der Aufnahme und endet mit dem Ausscheiden. Bei der Aufnahme bis einschließlich zum 15. eines jeden Monats ist der volle, danach der halbe Elternbeitrag zu entrichten. Die Elternbeiträge sind auch dann in voller Höhe zu zahlen, wenn ein Kind dem Kindergarten fernbleibt.

Die Personensorgeberechtigten sind verpflichtet, alle zur Berechnung notwendigen Angaben zu machen und im Einzelfall auf Anforderung zu belegen. Kann der zutreffende Beitrag wegen fehlender oder unvollständiger Angaben nicht ermittelt werden, wird der Höchstbeitrag erhoben. Dies gilt sinngemäß auch, wenn aufgrund einer Vereinbarung zwischen dem Träger und der politischen Gemeinde die Berechnung der Beiträge durch die politische Gemeinde erfolgt. Die Personensorgeberechtigten sind damit einverstanden, dass die zur Berechnung des Elternbeitrages erforderlichen personenbezogenen Daten an die Gemeinde Kalefeld und an das Kirchenamt Northeim ausschließlich für diesen Zweck weitergegeben werden.

Der Elternbeitrag ist während des gesamten Kindergartenjahres (01. August bis 31. Juli), auch in den Ferien und während Krankheitszeiten, zu entrichten. Die in Ziffer 5. und 8. genannten Schließungs- und Fehlzeiten befreien nicht von der Beitragspflicht.

Die Personensorgeberechtigten verpflichten sich weiterhin, alle Änderungen an ihren persönlichen Einkommensverhältnissen unverzüglich mitzuteilen. Das Kirchenamt Northeim ist berechtigt, die Angaben der Personensorgeberechtigten jederzeit zu überprüfen und ggf. entsprechende Einkommensnachweise nachzufordern. Eine Überprüfung der Elternangaben findet stichprobenartig, außer in der höchsten Einkommensstufe, statt.

Auch bei bestehender Beitragsfreiheit nach § 21 KiTaG (zzt. für Kinder ab dem dritten Lebensjahr bis zum Schuleintritt) sind gegebenenfalls Beiträge für über acht Stunden Betreuungszeit hinausgehende Sonderöffnungs- oder Betreuungszeiten, Mittagessen, Ausflüge, Wahlangebote u. ä. zu entrichten.

Hinweis: Wenn bestimmte staatliche Unterstützungsleistungen bezogen werden, haben die Personensorgeberechtigten Anspruch auf Leistungen für Bildung und Teilhabe (z. B. Ausgaben für ein- oder mehrtätige Ausflüge mit der Kita, Ausgaben für gemeinschaftliches Mittagessen in der Kita). Über Leistungen für Bildung und Teilhabe, das sogenannte Bildungspaket, berät die zuständige Stadt oder der Landkreis.

Der monatliche Elternbeitrag wird vom Träger festgelegt. Dabei werden ggf. zwischen dem Träger und der politischen Gemeinde getroffene Regelungen zur Beitragshöhe berücksichtigt. Der Träger kann den Elternbeitrag und sonstige Entgelte insbesondere wegen allgemeiner Kostensteigerungen oder aufgrund von Vereinbarungen auf kommunaler Ebene durch schriftliche Erklärung gegenüber den Personensorgeberechtigten jederzeit angemessen neu festsetzen. Die beitragspflichtigen Eltern bzw. Personensorgeberechtigten erklären sich mit diesem Beitragsfestsetzungsverfahren durch Unterzeichnung des Betreuungsvertrages einverstanden.

Hinweis: Wenn die Personensorgeberechtigten unterhalb bestimmter Einkommensgrenzen liegen, kann beim örtlichen Träger der Jugendhilfe („Jugendamt“) ein Antrag auf Übernahme der Elternbeiträge gestellt werden („wirtschaftliche Jugendhilfe“).

Werden mehrere Kinder einer Familie gleichzeitig in einem Kindergarten bzw. in verschiedenen Kindertagesstätten im Gebiet der Gemeinde Kalefeld betreut, so wird der Elternbeitrag